

Stand: 20.04.2026 06:38:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20107

"Klimaschutz - Verringerung von CO2-Emissionen - Überprüfung der Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge 20.12.2022 - 14.03.2022"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/20107 vom 01.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21644 des WI vom 08.03.2022
3. Beschluss des Plenums 18/21765 vom 15.03.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 108 vom 15.03.2022



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Klimaschutz

Verringerung von CO₂-Emissionen - Überprüfung der Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge

20.12.2022 - 14.03.2022

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Das Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, ist eines der Kernelemente des [europäischen Grünen Deals](#). Das [Europäische Klimagesetz](#) verpflichtet die EU zur Verwirklichung dieses Ziels sowie des Zwischenziels, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. In der [Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität](#) wird der Übergang zu emissionsfreier Mobilität gefordert. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn ehrgeizigere Maßnahmen zur Senkung der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen um 90 % bis 2050 ergriffen werden.

Zu diesem Zweck hat die Kommission im Juli 2021 ein [Paket von Legislativvorschlägen](#) vorgelegt, bei dem Preisgestaltung, Vorschriften und Zielvorgaben miteinander kombiniert wurden. Mit dieser neuen Initiative wird das Paket ergänzt, indem nun auch den Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge Rechnung getragen wird.

In der Verordnung ([EU](#)) 2019/1242 werden CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Lastkraftwagen über 16 t festgelegt (ausgenommen sind Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung und Arbeitsfahrzeuge). Die Hersteller werden dabei verpflichtet, die durchschnittlichen CO₂-Emissionen ihrer Flotte ab 2025 um 15 % und ab 2030 um 30 % gegenüber den Referenzemissionen von 2019 zu senken. Die Verordnung enthält außerdem eine Überprüfungs Klausel: Bis Ende 2022 muss die Kommission die Wirksamkeit der Verordnung überprüfen und gegebenenfalls einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung vorlegen.

Die Ergebnisse dieser Konsultation werden analysiert und in die Vorbereitung der Initiative und der dazugehörigen Folgenabschätzung einbezogen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 18/20107

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Klimaschutz

**Verringerung von CO₂-Emissionen - Überprüfung der Emissionsnormen für
schwere Nutzfahrzeuge**
20.12.2022 - 14.03.2022

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag begrüßt grundsätzlich den Vorschlag für die Überarbeitung der Verordnung zur Verringerung der CO₂-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen. Der Verordnungsvorschlag ist ein wichtiger Schritt, um CO₂-Emissionen in einem relevanten Sektor, dem Straßenverkehr, zu reduzieren und die Klima- und Energieziele Europas im Rahmen des Fit für 55-Pakets zu unterstützen.

Der Bayerische Landtag betont, dass im Rahmen der Neuregelung der Verordnung die Technologieoffenheit bei den Antriebsarten erhalten und den Besonderheiten der Nutzfahrzeugindustrie entsprechend Rechnung getragen werden sollte. Ein Ende des Verbrennungsmotors sollte nicht herbeigeführt werden, da für bestimmte, regionale Anwendungen der Verbrennungsmotor relevant bleibt.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung zum Pooling Mechanismus zu, welche den Kreditaustausch auf Basis der VECTO CO₂Werte ermöglicht. Dieser sollte grundsätzlich so ausgestaltet sein, dass er keine Marktverzerrung verursacht.

Eine Verschärfung der CO₂-Reduktionswerte sollte mit Augenmaß erfolgen und auch im Hinblick auf die geplanten technischen Herausforderungen durch die Euro VII-Abgasnorm nicht über Gebühr belasten. Die Regelungen müssen realisierbar und finanzierbar bleiben. Darüber hinaus sollte der Einsatz von Biomethan im Transportsektor bei den CO₂-Reduktionswerten positiv berücksichtigt werden.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags sollte die Neuregelung insbesondere den Ausbau der alternativen Tank- und Ladeinfrastruktur beachten: Für den Einsatz von elektrisch betriebenen schweren Nutzfahrzeugen im Fernverkehr ist das reibungslose Aufladen im Betrieb essentiell. Die Anforderungen an die Nutzfahrzeug-Ladeinfrastruktur unterscheiden sich in Bezug auf Standort, Platz und Mindestleis-

tung maßgeblich von der Ladeinfrastruktur für Pkw. Diesen besonderen Anforderungen muss Rechnung getragen werden, indem die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) ehrgeizige Ziele für die Nutzfahrzeug-spezifische Infrastruktur vorgibt. Dabei sind neben den stationären Lademöglichkeiten auch dynamische Ladeeinrichtungen in das Gesamtkonzept zu integrieren. Folgende Kriterien sollten berücksichtigt werden:

- Ladestandorte mit einem Netzausbau mit höheren Anschlussleistungen (im Kernnetz bis 2025: 5000 kW, bis 2030: 6500 kW; im Gesamtnetz bis 2027: 1400 kW, bis 2030: 3000 kW, ab 2035: 5000 kW),
- höhere Leistungen der individuellen MCS-Ladepunkte (mindestens 700 kW),
- Aufbau in der Fläche zum Übernachten (100 kW pro Ladepunkt auf allen Lkw-Stellplätzen entlang der Autobahnen),
- für den Fernverkehr eine Minimumanschlussleistung von 700-900 kW pro Ladepunkt wie einen Netzanschluss von 5 bis 10 MW pro Fernverkehr Lade-Hub,
- der Abstand der Ladepunkte im Fernverkehr sollte zwischen 20 und 40 km in den TEN-T Korridoren liegen und auf den Hauptfahrstraßen sollte ein Maximalabstand von 50 km bis zur nächsten Ladesäule gegeben sein,
- Ausbau des entsprechenden (Hoch-Volt) Netzanschlusses in den Mitgliedstaaten.
- Entwicklung und Aufbau dynamischer Ladeoptionen (z. B. Oberleitungen) für Lkw im TEN-V Gesamtnetz, um das Stromnetz und die stationäre Ladeinfrastruktur (insbesondere Anzahl der Stellplätze) zu entlasten.

Berichterstatlerin: **Annette Karl**
Mitberichterstatler: **Alexander König**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 53. Sitzung am 17.02.2022 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO)
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 54. Sitzung am 24. Februar 2022 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 51. Sitzung am 8. März 2022 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmung

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Martin Stümpfig
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Klimaschutz

Verringerung von CO₂-Emissionen – Überprüfung der Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge

20.12.2022 - 14.03.2022

Drs. 18/20107, 18/21644

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag begrüßt grundsätzlich den Vorschlag für die Überarbeitung der Verordnung zur Verringerung der CO₂-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen. Der Verordnungsvorschlag ist ein wichtiger Schritt, um CO₂-Emissionen in einem relevanten Sektor, dem Straßenverkehr, zu reduzieren und die Klima- und Energieziele Europas im Rahmen des Fit für 55-Pakets zu unterstützen.

Der Bayerische Landtag betont, dass im Rahmen der Neuregelung der Verordnung die Technologieoffenheit bei den Antriebsarten erhalten und den Besonderheiten der Nutzfahrzeugindustrie entsprechend Rechnung getragen werden sollte. Ein Ende des Verbrennungsmotors sollte nicht herbeigeführt werden, da für bestimmte, regionale Anwendungen der Verbrennungsmotor relevant bleibt.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung zum Pooling Mechanismus zu, welche den Kreditaustausch auf Basis der VECTO-CO₂-Werte ermöglicht. Dieser sollte grundsätzlich so ausgestaltet sein, dass er keine Marktverzerrung verursacht.

Eine Verschärfung der CO₂-Reduktionswerte sollte mit Augenmaß erfolgen und auch im Hinblick auf die geplanten technischen Herausforderungen durch die Euro-7-Abgasnorm nicht über Gebühr belasten. Die Regelungen müssen realisierbar und finanzierbar bleiben. Darüber hinaus sollte der Einsatz von Biomethan im Transportsektor bei den CO₂-Reduktionswerten positiv berücksichtigt werden.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags sollte die Neuregelung insbesondere den Ausbau der alternativen Tank- und Ladeinfrastruktur beachten: Für den Einsatz von elektrisch betriebenen schweren Nutzfahrzeugen im Fernverkehr ist das reibungslose Aufladen im Betrieb essenziell. Die Anforderungen an die Nutzfahrzeug-Ladeinfrastruktur unterscheiden sich in Bezug auf Standort, Platz und Mindestleistung maßgeblich von der Ladeinfrastruktur für Pkw. Diesen besonderen Anforderungen muss Rechnung getragen werden, indem die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) ehrgeizige Ziele für die Nutzfahrzeug-spezifische Infrastruktur vorgibt. Dabei sind neben den stationären Lademöglichkeiten auch dynamische Ladeeinrichtungen in das Gesamtkonzept zu integrieren. Folgende Kriterien sollten berücksichtigt werden:

- Ladestandorte mit einem Netzausbau mit höheren Anschlussleistungen (im Kernnetz bis 2025: 5 000 kW, bis 2030: 6 500 kW; im Gesamtnetz bis 2027: 1 400 kW, bis 2030: 3 000 kW, ab 2035: 5 000 kW),
- höhere Leistungen der individuellen MCS-Ladepunkte (mindestens 700 kW),
- Aufbau in der Fläche zum Übernachten (100 kW pro Ladepunkt auf allen Lkw-Stellplätzen entlang der Autobahnen),
- für den Fernverkehr eine Minimumanschlussleistung von 700 - 900 kW pro Ladepunkt wie einen Netzanschluss von 5 bis 10 MW pro Fernverkehr Lade-Hub,
- der Abstand der Ladepunkte im Fernverkehr sollte zwischen 20 und 40 km in den TEN-T-Korridoren liegen und auf den Hauptfahrstraßen sollte ein Maximalabstand von 50 km bis zur nächsten Ladesäule gegeben sein,
- Ausbau des entsprechenden (Hoch-Volt) Netzanschlusses in den Mitgliedstaaten,
- Entwicklung und Aufbau dynamischer Ladeoptionen (z. B. Oberleitungen) für Lkw im TEN-V-Gesamtnetz, um das Stromnetz und die stationäre Ladeinfrastruktur (insbesondere Anzahl der Stellplätze) zu entlasten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Saal. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt

Schutz der Medienfreiheit in der EU: neue Regeln

10.01.2022 - 21.03.2022

Drs. 18/20110, 18/21626 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
Drs. 18/21626 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetzesentwurf zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung
und Auftragsvergabe vorlegen!
Drs. 18/19205, 18/21695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. SPD, Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. FDP
Expertinnen- und Expertenanhörung zum
Pflege- und Wohnqualitätsgesetz –
Sicherheit, Selbstbestimmung und Qualität stärken!
Drs. 18/19272, 18/21603 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Schulen: „Gewächshäuser“ der Zukunft I –
Plattform für pädagogische Architektur
Drs. 18/19468, 18/21564 (A)

auf **Antrag der AfD-Fraktion** Votum des mitberatenden
Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Schulen: „Gewächshäuser“ der Zukunft II –
Beratungsstelle für Schulbau
Drs. 18/19469, 18/21565 (A)

auf **Antrag der AfD-Fraktion** Votum des mitberatenden
Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Schulen: „Gewächshäuser“ der Zukunft IV – Erfahrungsbericht und Weiterentwicklung der Schulbauverordnung (SchulbauV)
Drs. 18/19557, 18/21566 (E)

auf **Antrag der AfD-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Schulen: „Gewächshäuser“ der Zukunft V – Schulbaupreis Bayern
Drs. 18/19558, 18/21567 (A)

auf **Antrag der AfD-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Schulen: „Gewächshäuser“ der Zukunft VI – Kostenrichtwert für Schulgebäude anheben
Drs. 18/19559, 18/21598 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Gefängnisplätze im Ausland mieten und Abschiebungshaft im Ausland vollziehen
Drs. 18/19634, 18/21580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerfreie Zusammenschlüsse im Finanzsektor
Drs. 18/19713, 18/21615 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anvertraut und ausgeliefert – Schicksal und Geschichte von Verschickungskindern anerkennen, aufarbeiten, sichtbar machen
Drs. 18/19715, 18/21614 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Menschen mit seelischer Behinderung besser unterstützen!
Drs. 18/19802, 18/21654 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Ersatz der Berufseinstiegsbegleitung durch andere Programme
Drs. 18/19866, 18/21601 (E)

auf **Antrag der AfD-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schweine brauchen Stroh – Ende des Vollspaltenbodens
in der Schweinemast bis 2030
Drs. 18/19881, 18/21594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
SARS-CoV-2-Testkapazitäten in Bayern sichern und ausbauen!
Drs. 18/19899, 18/21605 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU Mukoviszidose-Erkrankte unterstützen
Drs. 18/19900, 18/21606 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Klare Richtwerte für den Umgang mit der Pandemie!
Mit Transparenz und Nachvollziehbarkeit Vertrauen und Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung erhalten
Drs. 18/19945, 18/21607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Team Augenmaß ohne richtiges Maß –
nachvollziehbare Bereinigung der Hospitalisierungsrate
Drs. 18/20032, 18/21608 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

